

Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Ausschuss für Recht, Ordnung, Verkehr und Bürgeranfragen führte seine 12. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Dienstag, dem 09.03.2021 in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Stadt Wolfen, Rathausplatz 1, Rathaus, Ratssaal von 18:00 Uhr bis 20:25 Uhr durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Daniel Roi

Mitglied

Klaus-Ari Gatter
Dr. Joachim Gülland
Siegmar Herrmann
Uwe Müller
Detlef Pasbrig
Peter Schenk

Sachkundige Einwohner

Peter Engelhardt
Marius Kühne
Mathias Liesche
Markus Praczyk
Helga Soltész
Gerd Theuerkauf

Mitarbeiter der Verwaltung

Veit Böttcher
Petra Haase
Mathias Kraher
Bernhild Neumann

SBL Brand-/Bevölkerungsschutz
SB Hoch-/Tiefbau
Leiter Bauamt
SBL Recht

Gäste

Lukas Günz
André Krillwitz
Lisa Müller

Jugendbeirat
Ortsbürgermeister der Ortschaft Wolfen
Vorsitzende des Jugendbeirates

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Dienstag, den 09.03.2021, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.
Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit	
2	Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 26.01.2021	
4	Einwohnerfragestunde	
5	Satzung zur Änderung der Gewässerumlagesatzungen für die Kalenderjahre 2016, 2017, 2018, 2019 und 2020 BE: Bauamt	Beschlussantrag 197-2020
6	Winterdienst - Hinweise durch den ROVB-Ausschuss BE: Bauamt	
7	Arbeitsplan für das Jahr 2021 (Themenfindung)	
8	Informationen zur Tätigkeit des Jugendbeirats BE: Jugendbeirat	
9	Mitteilungen, Berichte, Anfragen	
10	Schließung des öffentlichen Teils	

<p>zu 1</p>	<p>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit</p> <p>Der Ausschussvorsitzende, Herr Roi, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern und 5 sachkundigen Einwohnern fest.</p>	
<p>zu 2</p>	<p>Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Da keine Änderungsanträge zur Tagesordnung vorliegen, stellt Herr Roi diese zur Abstimmung.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 3</p>	<p>Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 26.01.2021</p> <p>Herr Roi teilt hinsichtlich der Niederschrift mit, dass der durch Herrn Pasbrig in der ROVB-Sitzung am 26.01.2021 angeregte Tagesordnungspunkt „Verbesserung der Sauberkeit im Stadtgebiet/zunehmende Vermüllung“ Corona-bedingt in einer der kommenden Sitzungen des ROVB-Ausschusses Behandlung finden wird.</p> <p>Herr Kühne nimmt Bezug auf die in der Niederschrift auf Seite 10 getroffene Aussage des Fachamtes zur Baumaßnahme K 2055 und möchte wissen, ob die Baumaßnahme nicht absehbar ist und wie es sich mit der Suche nach einem Ausweichstandort verhält. Herr Roi informiert über die diesbezüglich getroffenen Aussagen des LK ABI im OR Thalheim am 24.02.2021. Die geplante Baumaßnahme K 2055 kollidiert jedoch zeitlich mit einer weiteren Baumaßnahme im OT Thalheim (Baumaßnahme Am Brödelgraben). Die ursprüngliche Ausweichroute der Feuerwehr während des Ausbaus der K2055 war ursprünglich über den Brödelgraben vorgesehen und ist somit nicht mehr möglich. Zudem regt er an, das Thema in der nächsten Sitzung des ROVB-Ausschusses am 27.04.2021 zu behandeln.</p> <p>Herr Böttcher gibt bekannt, dass bezüglich der Baumaßnahme K 2055 ein Angebot einer ortsansässigen Firma hinsichtlich der Unterstellmöglichkeit für 4 Feuerwehrfahrzeuge der OW Thalheim (Mai – September 2021) erwartet wird.</p> <p>Herr Engelhardt erfragt den Sachstand hinsichtlich des BA „Änderung des Straßenverzeichnisses im OT Bobbau. Hierzu teilt Herr Krahrmer mit, dass der Ortsbürgermeister der Ortschaft einen neuen BA mit dem Vorschlag einer wöchentlichen Reinigung aller Straßen im Ortsteil Bobbau in die Gremien zur Entscheidung einbringen wird.</p> <p>Herr Pasbrig weist darauf hin, dass in der vom Fachamt zugearbeiteten Anlage 3 der Niederschrift vom 26.01.2021 (Einteilung der Straßen im Stadtgebiet nach Dringlichkeitsstufen) die Dringlichkeitsstufe 1 der Ortsteile Stadt Wolfen sowie Greppin fehlen. Er bittet, die fehlenden Informationen als Anlage der nächsten Sitzungsniederschrift beizufügen.</p> <p><i>Redaktionelle Zuarbeit SB Hoch-/Tiefbau: siehe Anlage 1 der Niederschrift</i></p>	

	<p>Da keine weiteren Anregungen/Hinweise vonseiten der Ausschussmitglieder vorliegen, lässt Herr Roi über die Niederschrift abstimmen.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1</p>
zu 4	<p>Einwohnerfragestunde</p> <p>Es liegen keine Einwohnerfragen vor.</p>	
zu 5	<p>Satzung zur Änderung der Gewässerumlagesatzungen für die Kalenderjahre 2016, 2017, 2018, 2019 und 2020 BE: Bauamt</p> <p>Herr Krahmer erläutert umfangreich den vorliegenden BA und weist darauf hin, dass mit dem vorliegenden OVG-Urteil nunmehr auch die Nutzer rückwirkend beitragspflichtig veranlagt werden können.</p> <p>Herr Kühne möchte wissen, ob es sich hier um eine Kann-Bestimmung handelt. Zudem hinterfragt er den Verwaltungsaufwand. In Beantwortung dessen teilt Herr Krahmer mit, dass die Stadt Bitterfeld-Wolfen als Konsolidierungskommune verpflichtet ist, alle diesbezüglichen Beiträge zu erheben, soweit sie für die Stadt kostendeckend sind. Die Verwaltungskosten werden klar durch eine vorliegende Kalkulation definiert. Zudem gibt er Erläuterungen zur Erhebung der Kosten. Herr Kühne, bittet darum, das hierfür entsprechende Zahlenmaterial der nächsten Sitzungsniederschrift beizufügen. Dies wird durch Herrn Krahmer zugesagt.</p> <p><u>Redaktionelle Zuarbeit durch SB öffentliche Anlagen:</u> <i>Die im Zusammenhang mit der Satzungsänderung hinterfragte Umlagepflicht und deren Bemessungsgrenze wurde im Stadtrat am 17.03.2021 beantwortet. Als Konsolidierungskommune wurde ein Kompromiss hinsichtlich des Verwaltungshandelns mit der Kommunalaufsichtsbehörde erreicht. Umlagen unterhalb des Quotienten aus Verwaltungskosten geteilt durch Umlagepflichtige werden nicht beschieden (die Stadt verzichtet auf die Beitreibung, weil dies unwirtschaftlich wäre). Nachfolgend noch einmal die vorläufige Darstellung:</i></p>	<p>Beschlussantrag 197-2020</p>

Veranlagungs-jahr	Verwaltungs-kosten	Umlage-pflichtige	Quotient VWKo/Anzahl	Kleinstbetrag- regelung unter Qu	
	VVKo	Anzahl		Anzahl	Minde
2015	20.000,00	9.693	2,06	ca. 7.240	< 4.500
2016	20.000,00	9.689	2,06	ca. 7.240	< 4.500
2017	20.000,00	9.657	2,07	ca. 7.120	< 4.400
2018	24.800,00	9.690	2,56	ca. 7.150	< 4.500
2019	29.700,00	9.700	3,06	ca. 7.560	< 5.000
2020	29.700,00	9.700	3,06	ca. 7.561	< 5.000
2021	29.700,00	9.700	3,06	ca. 7.562	< 5.000

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen. Daher stellt der Ausschussvorsitzende, **Herr Roi**, den BA 197-2020 zur Abstimmung.

einstimmig empfohlen

Ja 6 Nein 0
Enthaltung 1

zu 6

Winterdienst - Hinweise durch den ROVB-Ausschuss

BE: Bauamt

Herr Roi nimmt Bezug auf die zahlreichen Hinweise zum Winterdienst hinsichtlich der Prioritäten bzw. Dringlichkeitsstufen und erklärt, dass die Behandlung/Diskussion der Thematik das Ziel verfolgt, diesen zu verbessern.

Herr Engelhardt spricht die zahlreichen Beschwerden im OT Holzweißig an und verweist auf die seines Erachtens nach ungenügende Technik im EB Stadthof.

Herr Hermann möchte wissen, ob vonseiten der Verwaltung Kontrollen zum Winterdienst durchgeführt wurden.

Herr Schenk erfragt, ob es möglich ist, eine ortsteilbezogene Übersicht über die eingegangenen Beschwerden zu erstellen, um einen evtl. Schwerpunkt ermitteln zu können. Er regt an, das Thema noch einmal auf die Tagesordnung des nächsten ROVB-Ausschusses zu nehmen.

Herr Roi nimmt Bezug auf die Mittelstraße im OT Stadt Bitterfeld und erfragt, warum in dieser Straße trotz der festgelegten Dringlichkeitsstufe 1 auch nach mehreren Tagen kein Winterdienst durchgeführt wurde. Zudem betont er, dass diese Straße wichtig ist wegen der Einsatzkräfte, die zum Gerätehaus fahren und der Einsatzfahrzeuge, die ausrücken.

Redaktionelle Zuarbeit durch SB Hoch-/Tiefbau:

Mit dem Einsetzen des Schneefalls und den damit verbundenen ergiebigen Schneemengen wurden sofort die Straßen der Kategorie 1 geräumt. Dies geschah nach technischer und finanzieller Leistungsfähigkeit mehrmals am Tage. So natürlich auch in der Mittelstraße im OT Stadt Bitterfeld. Leider nicht immer mit einem zufriedenstellenden Ergebnis. Auf Grund des Schneemehls war der Räumeffekt teilweise unbefriedigend.

Herr Pasbrig regt ebenfalls eine Auswertung im nächsten ROVB-Ausschuss an. Zudem weist er, aus seiner Erfahrung heraus, auf die Probleme beim Winterdienst hin (Schneefallstärke, unterschiedliche Verantwortlichkeiten hinsichtlich der Räumspflicht).

Herr Theuerkauf nimmt ab 18:30 Uhr an der Sitzung teil. Somit sind 6 sachkundige Einwohner anwesend.

Herr Dr. Gülland informiert über die Ortsbürgermeisterberatung vom 02.03.2021, in der eine Auswertung der Problematik erfolgte. Es wurde in vorgenannter Beratung erbeten, entsprechende Konsequenzen hinsichtlich der Beauftragung bis 2024 zu ziehen, da die hierfür beauftragten Unternehmen in vielen Ortsteilen völlig überfordert mit der Situation waren.

Herr Roi schließt sich den Worten von Herrn Schenk an und bittet die Verwaltung um Übergabe einer Übersicht der eingegangenen Hinweise der Ortsbürgermeister, über die konkreten Bürgerbeschwerden sowie über die Hinweise der Ortswehrleiter. Dieses Material soll gleichzeitig Diskussionsgrundlage in der nächsten Sitzung sein.

Redaktionelle Zuarbeit SB Hoch-/Tiefbau:

Bürgerbeschwerden zum Winterdienst liegen als Auflistung der Niederschrift bei (Anlage 4)

Herr Krahmer teilt mit, dass es ihm nicht bekannt ist, wie die Dokumentation der Beschwerden erfolgte und ob es überhaupt möglich sein wird, eine aussagekräftige und vollständige Auflistung der Beschwerden/Schwerpunkte zu erstellen. Diesbezüglich wird er Rücksprache mit der zuständigen Bearbeiterin halten. Zudem weist er darauf hin, dass der letzte Wintereinbruch etwa zehn Jahre zurückliegt. Zudem gibt er zu bedenken, dass das Vorhalten von zusätzlicher Technik mit erheblichen Kosten auch für die Stadt verbunden ist. Er erklärt, dass es aufgrund der Gegebenheiten (starker Schneefall/Verwehungen) für die Dienstleister schwierig war, die Straßen überhaupt befahrbar zu halten.

Herr Dr. Gülland regt an, künftig die Vergabe der Lose hinsichtlich des Winterdienstes zu teilen.

Herr Krahmer informiert darüber, dass vonseiten der Verwaltung Kontrollen hinsichtlich der vorgehaltenen Technik und des Einsatzes dieser durchgeführt wurden. Bezüglich der Winterdiensttechnik teilt er mit, dass die Stadt die bereitzustellenden Kapazitäten im Leistungsverzeichnis der Ausschreibung festlegt. Diese erfolgen in Anlehnung an die Erfahrungen der letzten Winterperioden. Zudem erläutert er die Zusammensetzung der Kosten (Vorhaltepauschale, tatsächliche Kosten).

Herr Müller bringt seinen Unmut über den erfolgten Winterdienst im OT Stadt Bitterfeld zum Ausdruck und spricht sich dafür aus, den TOP noch einmal in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Herr Engelhardt sieht den Einsatz von Multifunktionsfahrzeugen im Winterdienst als nicht geeignet und spricht sich ebenfalls für eine künftige Teilung der Lose aus.

Herr Liesche erfragt, welche Technik für den Winterdienst vorgehalten werden muss bzw. tatsächlich eingesetzt wurde. Zudem regt er an, dass der EB Stadthof, künftig gerade im Hinblick auf den Winterdienst auf Multifunktionsfahrzeuge, statt der bisher angeschafften Transporter, umrüsten sollte, um im Ernstfall mehr Fahrzeuge hierfür zur Verfügung zu haben.

Herr Pasbrig schlägt vor, künftig auch Schneezäune in den Außenbereichen zu nutzen.

Frau Haase informiert über die verschiedenen Winterdienstleister, die unter anderem auch durch die Wohnungsgesellschaften beauftragt werden. Zudem teilt sie mit, dass die Stadt nicht für alle Gehwege im Stadtgebiet zuständig ist. Diesbezüglich verweist **Herr Gatter** auf die Kontrollpflicht der Stadt bzw. auf das Aussprechen von Sanktionen.

Herr Roi nimmt Bezug auf die schlecht geräumten Kreuzungsbereiche und verweist darauf, dass die Stadt künftig hier aktiv werden sollte (Wegfahren des Schnees) analog der Gemeinde Muldestausee. Ein übermäßiges Vorhalten von Technik sieht er hier nicht als die Lösung an. Die Verwaltung sollte in Auswertung des Winterdienstes zunächst einmal alle Informationen/Daten bündeln, um das Thema noch einmal im Ausschuss behandeln zu können.

Herr Kühne erfragt, ob hinsichtlich der Nichtberäumung von Gehwegen durch die Verwaltung entsprechend sanktioniert wurde. Frau Haase teilt diesbezüglich mit, dass die Verantwortlichkeit beim SB Allgemeine Ordnung/Gewerbe liegt. Ob Bußgelder ausgesprochen wurden, ist ihr nicht bekannt.

Redaktionelle Zuarbeit SB Allgemeine Ordnung/Gewerbe

Kontrollen wurden durchgeführt. Bei Feststellungen wurden die Eigentümer (private und städtische Grundstücke) aufgefordert, ihrer Streu- und Räumspflicht nachzukommen. Anzeigen wurde nicht gefertigt.

Frau Soltész sieht hinsichtlich des Winterdienstes auch die Bürger in der Pflicht und regt hinsichtlich bestehender Technik zudem an, mit den Firmen des Industriepark beim Winterdienst zusammenzuarbeiten. **Frau Haase** teilt mit, dass einige Firmen ihre Bereitschaft zum Abtransport der Schneemassen erklärt haben. Zudem informiert sie darüber, dass die Mittel für den Winterdienst bereits überschritten sind.

Der **Ausschussvorsitzende** erklärt, das Thema noch einmal in der nächsten Sitzung als TOP zu behandeln.

<p>zu 7</p>	<p>Arbeitsplan für das Jahr 2021 (Themenfindung)</p> <p>Herr Roi richtet an die Verwaltung die Frage, wann die angedachte gemeinsame Sitzung des ROVB-Ausschusses mit dem HFA (Sondersitzung zur Risikoanalyse und dem Bedarfsschutzbedarfsplan) stattfinden wird. Zudem verweist er auf den BA 025-2021 des OR Wolfen und regt diesbezüglich an, den nächsten ROVB-Ausschuss in der Feuerwache in Wolfen-Nord stattfinden zu lassen und hier die Gelegenheit zu nutzen, diese zu besichtigen. Die Ausschussmitglieder sprechen sich für die Besichtigung der Feuerwache in Wolfen-Nord aus und unterstützen einstimmig diesen Vorschlag.</p> <p>Herr Schenk verweist auf die Festlegungen hinsichtlich der Teilnahme der Verwaltungen an Sitzungen außerhalb der Rathäuser. Zudem informiert er über die vergangene Sitzung des OR Wolfen, bei der den Ortschaftsräten unterschiedlicher und teilweise nicht abgestimmter Schriftverkehr hinsichtlich der Wehr vorlag. Diese Situationen sollten künftig vermieden werden.</p> <p>Herr Roi teilt mit, dass ihm bis dato noch keine konkreten Terminstellungen hinsichtlich der zu beschließenden Risikoanalyse und dem Bedarfsschutzbedarfsplan bekannt sind und es daher geboten erscheint, dass sich der Ausschuss ROVB mit dem vorgenannten Thema bereits einmal auseinandersetzt. Herr Böttcher informiert in diesem Zusammenhang über den derzeitigen Stand der Erarbeitung. Gemeinsam mit der Kommunalaufsichtsbehörde wird gerade an den Beanstandungen der Analyse gearbeitet. Die Behandlung des BA im Stadtrat soll voraussichtlich im Mai 2021 erfolgen. Der Feuerwehrgipfel wird voraussichtlich im April 2021 stattfinden. Herr Roi unterstreicht noch einmal die Wichtigkeit, die gemeinsame Sitzung beider Ausschüsse (ROVB, HFA) aus diesem Grunde im April 2021 durchzuführen.</p> <p>Herr Engelhardt schlägt vor, zum nächsten ROVB-Ausschuss die Ortswehrleiter/Vertreter beider Wolfener Wehren einzuladen. Herr Roi weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass er ebenfalls anregt, die Leiter beider Löscheinheiten einzuladen, dies jedoch unter Zustimmung des Oberbürgermeisters erfolgen muss. Da die meisten Ausschussmitglieder die Örtlichkeiten der Feuerwache Wolfen-Nord nicht kennen, ist die Besichtigung der Wache zudem die Voraussetzung für die Entscheidungsfindung (Varianten Zusammenlegung der Wehren oder Neubau) des Fachausschusses ROVB.</p> <p>Herr Dr. Gülland schlägt hinsichtlich des Arbeitsplanes 2021 Folgendes vor:</p> <ul style="list-style-type: none">- Einberufung eines Verkehrsteilnehnergipfels, um Gefahrenpunkte für Radfahrer und Fußgänger im Vorfeld deutlich zu machen und mögliche Gefährdungen zu verhindern - danach gemeinsame Lösungsfindung mit der Verwaltung- quartalsweise Berichterstattung zum Investitionsvorhaben „Neubau Feuerwehr Bitterfeld“	
-------------	---	--

Herr Pasbrig regt weitere Themenpunkte für das Jahr 2021 an:

- Auswertung Kriminalitäts- und Unfallstatistik 2020
- Fahrradkonzept – geplante Maßnahmen für das Jahr 2021
- Berichterstattung zur Situation Tierheim Bitterfeld
- Berichterstattung der geplanten Straßen-/Fußwegsanierung in der Stadt Bitterfeld-Wolfen 2021 sowie die diesbezügliche Planung für die kommenden Jahre
- Auswertung der Schiedsstellen
- Verbesserung der Sauberkeit im Stadtgebiet/zunehmende Vermüllung – Stand geplante/bereits verausgabte Haushaltsmittel
- Brandschutzbedarfsplan – Vorstellung der geplanten Maßnahmen für das Jahr 2021
- Löschwasserversorgung im Stadtgebiet – Vorstellung der jährlichen Planung sowie angeschafften Technik für das Jahr 2021
- Besichtigung der Wasserwehr – Vorstellung der Leistungen der letzten Jahre durch die Wehr

Herr Roi informiert abschließend über den Arbeitsplan für das Jahr 2021, der als Anlage der Niederschrift beigelegt wird (Anlage 3).

Zudem wird durch die **Ausschussmitglieder** angeregt, den Stand diverser Beschlüsse abzufragen (Tempo 30-Zone Reudener Straße, Innenstadttring, Neubau Feuerwehr Bitterfeld). **Herr Gatter** verweist auf den Beschluss aus dem Jahr 2019 „Fußwegekonzept“ und fordert eine Berichterstattung zum Sachstand. **Herr Engelhardt** regt an, neben dem Tierheim Bitterfeld auch einmal die Betreiber der Tiergehege der Stadt Bitterfeld-Wolfen in den ROVB-Ausschuss einzuladen.

Herr Roi informiert, dass in der Sitzung im April 2021 nicht nur die Straßenbaumaßnahme K2055, sondern auch die Risikoanalyse und der Brandschutzbedarfsplan (inklusive Löschwasserkonzept) Behandlung finden wird, da dies im Zusammenhang zu sehen ist. Bezüglich der Einladung der Betreiber der Tiergehege der Stadt hinsichtlich einer Berichterstattung bittet er die Verwaltung zu prüfen, ob die Behandlung der Thematik in die Zuständigkeit des ROVB-Ausschusses fällt.

Redaktionelle Zuarbeit SB Recht:
siehe Anlage 2 der Niederschrift

<p>zu 8</p>	<p>Informationen zur Tätigkeit des Jugendbeirats BE: Jugendbeirat <i>Herr Böttcher verlässt gegen 19:25 Uhr die Ausschusssitzung.</i></p> <p>Die Vorsitzende des Jugendbeirates, Frau Müller, berichtet umfangreich über die Arbeit des Jugendbeirates, der aus sieben Mitgliedern bereits seit 2013 besteht. Zudem informiert sie über die zahlreichen Projekte, Aktionen und Veranstaltungen, die durch den Jugendbeirat initiiert, begleitet und bereichert werden sowie zur Arbeit in den Jugendclubs der Stadt. An zahlreichen Beispielen stellt sie dar, wie breit gefächert das Wirken des Jugendbeirates in der Stadt bereits ist und berichtet über die Zusammenarbeit des Beirates mit verschiedenen Vereinen und Institutionen in der Stadt.</p> <p>Des Weiteren informiert sie über die bevorstehende Wahl des Jugendbeirates am 17.04.2021 und der hierfür genutzten Wahlmodalitäten.</p> <p>Die Ausschussmitglieder zeigen sich beeindruckt von dem Engagement und der Arbeit des Jugendbeirates und sprechen ihren Dank an die Mitglieder des Beirates aus.</p> <p>Herr Kühne erfragt das Ende der Bewerbungsfrist und die Ausschlusskriterien für diese Wahl sowie die Anzahl der Wahlberechtigten. Frau Müller teilt mit, dass die Frist für die Vorstellung der Kandidaten im Amtsblatt fast abgelaufen ist, jedoch eine Kandidatur bis 16.04.2021 möglich ist. Eine Vorstellung der Bewerber erfolgt teilweise online. Ein Ausschlusskriterium für eine Bewerbung ist lediglich das Alter (nicht älter als 25 Jahre). Die Bewerber sollten möglichst seit 6 Monaten ihren Wohnsitz in der Stadt Bitterfeld-Wolfen haben. Jedoch sind auch Jugendliche außerhalb von Bitterfeld-Wolfen zugelassen, die zum Großteil ihre Zeit beruflich und privat in der Stadt verbringen. Zudem gibt sie bekannt, dass es über 3.300 Wahlberechtigte gibt.</p> <p>Herr Engelhardt erfragt die Resonanz bei den öffentlichen Sprechstunden des Jugendbeirates sowie die vorrangig angesprochenen Probleme. Frau Müller teilt mit, dass die Sprechstunden weniger genutzt werden und man mehr auf den vorgenannten öffentlichen Veranstaltungen, in die der Beirat involviert ist, mit den Jugendlichen ins Gespräch kommt. Angesprochen werden überwiegend allgemeine Probleme, bei denen der Jugendbeirat im Gespräch oft mit dem derzeitigen Sachstand der Abarbeitung zur Lösung beitragen kann.</p> <p>Herr Pasbrig möchte von Frau Müller wissen, inwiefern die Zusammenarbeit mit der Verwaltung bzw. dem Stadtrat aus ihrer Sicht weiter verbessert werden kann. Er spricht aktuelle Probleme im Stadtgebiet an (zunehmende Vermüllung/Vandalismus) und bittet die Vertreter des Jugendbeirates, gemeinsame Projekte ins Leben zu rufen (evtl. in den Jugendclubs), damit das bisher Geschaffene (bspw. Spielplätze etc.) länger erhalten bleibt und ein neues Verantwortungsbewusstsein bei den Jugendlichen geweckt wird. Frau Müller teilt diesbezüglich mit, dass die Zusammenarbeit/Kommunikation mit dem verantwortlichen Fachamt bislang schwierig war, jedoch sich mit der neu eingestellten Stadtjugendpflegerin, Frau Reidel-Rostalsky, sehr verbessert hat. Interessante Projekte wurden in der Vergangenheit viel zu spät an den Jugendbeirat herangetragen, sodass sie oftmals nicht wahrgenommen werden konnten. Sie weist darauf hin, dass die Jugendlichen dies im Ehrenamt</p>	
--------------------	---	--

wahrnehmen und eine Zusammenarbeit mit der Verwaltung/den Ausschüssen keine „Einbahnstraße“ ist, in der nur der Jugendbeirat aktiv wird. Hinsichtlich des Vandalismus in der Stadt (gerade auch bei Spielplätzen) bietet sie an, in den Jugendclubs auch einmal über die Kosten der Errichtung/Erhaltung zu unterrichten.

Herr Schenk weist darauf hin, dass in nächster Zeit wichtige Entscheidungen anstehen werden (Landesgartenschau, AG Revier – Einsatz Mittel Strukturstärkungsgesetz). Er richtet die Bitte an den Jugendbeirat, sich diesbezüglich aus Sicht junger Menschen mit Vorschlägen in die Diskussion einzubringen.

Frau Müller geht auf die Finanzierung der Wahl des Jugendbeirates sowie geplanter Projekte ein, bei denen der Beirat einen Eigenanteil von 10 % der Gesamtsumme selbst aufbringen muss und ruft zu Spenden diesbezüglich auf, da für den Jugendbeirat im Haushalt keine Mittel eingestellt wurden. Zudem teilt sie mit, dass die beantragten Brauchtumsmittel im OT Stadt Wolfen für geplante Projekte des Jugendbeirates gekürzt wurden. Im OT Stadt Bitterfeld wurden ebenfalls Mittel beantragt, eine Beschlussfassung hierzu steht jedoch noch aus.

Die **Ausschussmitglieder** richten ihre Frage an **Frau Neumann**, ob der Beirat seine Wahl selbst finanzieren muss. Diese teilt mit, dass sie hierzu keine Antwort geben kann, da sie die Satzung des Beirates nicht im Detail kennt.

Herr Roi nimmt Bezug auf den Spendenaufruf des Jugendbeirates hinsichtlich der anstehenden Wahl. Er bittet das zuständige Fachamt zu prüfen, ob die Verwaltung verpflichtet ist, die entsprechenden finanziellen Mittel für die Wahl bereitzustellen. Die Wahl kann aus Sicht der Ausschussmitglieder nicht nur über Brauchtumsmittel/Spenden finanziert werden. Auch **Herr Gatter** ist der Ansicht, dass die Finanzierung dieser Wahl nicht den Jugendlichen überlassen werden sollte und teilt mit, dass er den OB bei nächster Gelegenheit noch einmal auf die Problematik ansprechen wird.

Redaktionelle Zuarbeit SB Jugend/Sport/Teilhabe:

Aus Sicht des Amtes für Kultur, Jugend, Sport u. Teilhabe besteht keine Verpflichtung der Verwaltung, für den Jugendbeirat finanzielle Mittel im Haushalt bereit zu stellen.

In der Satzung für den Jugendbeirat und in der Hauptsatzung sind keine Aussagen zur Finanzierung verankert. In der selbstaufgelegten Geschäftsordnung des Jugendbeirates befinden sich Aussagen zum Wahlablauf. Da unter Corona-Bedingungen in diesem Jahr die Wahl des Jugendbeirates nicht, wie gewohnt, stattfinden kann, ist vorgesehen, die Wahl digital durchzuführen.

Dafür ist die Anschaffung eines Programms notwendig, welches aus kommunalen Haushaltsmitteln umgesetzt wurde.

Herr Pasbrig fordert, dass geprüft werden sollte, wie man den Jugendbeirat mehr unterstützen kann, gerade auch in finanzieller Hinsicht (u. a. durch Mitteleinstellung im Haushalt). Die Thematik sollte im zuständigen Fachausschuss BKJS Behandlung finden. Zudem sollte der Stadtrat im Nachgang hierzu informiert werden. **Herr Dr. Gülland** verweist darauf, dass Gleiches für den Seniorenbeirat gilt, auch hier sind im Haushalt keine

	<p>Mittel eingestellt. Des Weiteren gibt er Erläuterungen zur Einzelfallentscheidung hinsichtlich der Eigenmittel bei Projekten über Brauchtumsmittel.</p> <p>Herr Roi spricht im Namen aller Ausschussmitglieder seinen Dank gegenüber dem Jugendbeirat für die bisher geleistete Arbeit aus, wünscht viel Erfolg bei der bevorstehenden Wahl und regt eine jährliche Berichterstattung durch den Jugendbeirat im ROVB-Ausschuss an.</p>	
zu 9	<p>Mitteilungen, Berichte, Anfragen</p> <p>Herr Pasbrig nimmt Bezug auf die Straße der Chemiarbeiter und die hier befindliche Fußgängerquerungshilfe. Nach seiner Information wird diese durch eine Markierung ersetzt. Da die Straße ihre Breite behält, sollte diese Änderung noch einmal durch die Verwaltung überprüft werden, gerade auch im Hinblick auf die dort befindliche Grundschule und den geplanten Bau des Seniorenheimes.</p> <p><u>Redaktionelle Zuarbeit Amt für Stadtentwicklung und Strukturwandel:</u> <i>Es liegt ein aktueller Markierungs- und Beschilderungsplan vor, der derzeit von den zuständigen Fachämtern geprüft wird. Sobald ein Ergebnis vorliegt, erfolgt eine Information in dem entsprechenden Ausschuss.</i></p> <p>Zudem verweist Herr Pasbrig auf die zunehmende Vermüllung an der Goitzsche und die Gewerbetreibenden vor Ort (an der Marina, Kiosk auf dem Campingplatz. Diese geben u. a. Einwegverpackungen aus, ohne selbst Müllcontainer für die Entsorgung bereitzustellen. Er bittet um diesbezügliche Prüfung durch die Verwaltung, auch hinsichtlich künftiger Vergaben.</p> <p><u>Redaktionelle Zuarbeit SB Allgemeine Ordnung/Gewerbe</u> <i>Zum Zeitpunkt der Kontrollen im Bereich der Goitzsche wurde festgestellt:</i></p> <ul style="list-style-type: none">- auf dem Gelände Kiosk Campingplatz sind zwei mobile Abfallbehälter (Tonnen) aufgestellt, ein ortsfester Behälter in der Straße „Seeblick“, unmittelbar an der Grundstücksumfriedung (Zugangstor),- Abfallbehälter im Bereich Campingplatz bis Hafen nicht befüllt,- Matteo Eisdiel geschlossen, Seepromenade, Bernsteinweg bis Mühlbecker Straße Kaffeehaus Wundermild, Abfallbehälter nicht befüllt,- Parkplatz (nachfolgend abgekürzt PP) Wasserzentrum ein Abfallbehälter gefüllt (Einwegverpackung),- Sparkassenallee, Mühlenboulevard, Am Pegelturm, Friedersdorfer Straße ein Abfallbehälter am PP überfüllt,- Villa Bernsteinsee ein mobiler Abfallbehälter aufgestellt, ein ortsfester auf dem Grundstück unmittelbar Höhe Biergarten ersichtlich, nicht befüllt,- Seensucht Pavillon, ein mobiler Abfallbehälter auf dem Grundstück aufgestellt, nicht befüllt,- Fischkutter geschlossen Abfallbehälter im Bereich Bernsteinweg, Mole Ost, Wassersportzentrum bis Marinapark Abfallbehälter nicht befüllt. <p><i>Für die Organisation der regelmäßigen Entleerung der Abfallbehälter ist der SB Hoch- und Tiefbau zuständig. Unabhängig davon wird vom</i></p>	

Außendienst bei überfüllten Abfallbehältern eine Firma zur Entleerung beauftragt.

Herr Engelhardt erinnert an das Thema Vermüllung, bei dem Vertreter des LK ABI eingeladen werden sollten. Zudem weist er auf die Baustellen Straße der Chemiewerker Wolfen-Nord / Querstraße Bobbau hin und erklärt, dass hier für die Feuerwehr bei Einsätzen aufgrund der getroffenen Verkehrsregelungen ein schwieriges Durchkommen zu verzeichnen ist. Er bittet die Verwaltung, dies bei künftigen Baustellen besser zu koordinieren/zu berücksichtigen. Zudem stellt er fest, dass oftmals Anregungen des ROVB-Ausschusses nicht von der Verwaltung berücksichtigt werden. Dies bedarf aus seiner Sicht einer dringenden Änderung.

Herr Roi fordert auch hinsichtlich der Maßnahme K2055 im OT Thalheim gemeinsame Abstimmungen zwischen der Stadt Bitterfeld-Wolfen und dem LK ABI. Er betont, dass allein dieses Beispiel zeigt, wie wichtig die Anregungen des Fachausschusses sind.

Herr Schenk bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Beschilderung des Einbahnstraßensystems der Straße der Chemiewerker ausreichend ist. Er verweist auf die Nebenstraßen (u. a. Bereich Comeniusstraße von EDEKA kommend), die seines Erachtens nach schlecht beschildert wurden.

Redaktionelle Zuarbeit SB Verkehr:

Nachtrag zur Verkehrsraumeinschränkung ist erfolgt. Es wurde zusätzliche Beschilderung angeordnet und umgesetzt. Herr Schenk wurde darüber in einem Telefonat am 17.03.2021 in Kenntnis gesetzt.

Zudem spricht **Herr Schenk** den Bürgermelder und die hier dokumentierten Anfragen/Probleme zu den Krondorfer Wiesen an. Bei dieser Thematik fällt auf, dass die Verwaltung nicht einheitlich nach außen auftritt. Die Äußerungen der Verwaltung sorgen unter der Bürgerschaft für Erheiterung. Es sollte künftig darauf geachtet werden, dass gerade hier von der Verwaltung einheitlich aufgetreten wird. Er möchte wissen, ob es weitere Beschwerden durch die Anwohner zum Baugebiet Krondorfer Wiesen gibt, da derzeit gehäuft Meldungen zu ordnungsrechtlichen Problemen bzw. die Grundfläche betreffende Angelegenheiten angezeigt werden.

Redaktionelle Zuarbeit SB Verkehr:

Nach telefonischer Rücksprache mit Herrn Peter Schenk am 17.03.2021 bezieht sich diese Aussage nicht auf die verkehrsregelnden Maßnahmen, sondern auf die Baumfällung und den zu errichtenden Wall.

Redaktionelle Zuarbeit SB öffentliche Anlagen:

Hinsichtlich der Anfrage des Stadtrates Peter Schenk zu den Beschwerden/Anfragen zu Baumfällungen und Wallanlagen im Wohngebiet „Krondorfer Wiesen“ wird angemerkt, dass es sich hierbei um nachbarschaftliche Probleme in der Auslegung der Regelungen des Bebauungsplanes 04-2016wo „Wohngebiet Krondorfer Wiesen“ in der rechtskräftigen Fassung handelt. Weitere Ausführungen können im laufenden Verfahren nicht gemacht werden.

	<p>Herr Müller regt an, auch einmal den Seniorenbeirat zur Berichterstattung in den ROVB einzuladen und dies in den Arbeitsplan mit aufzunehmen. Herr Schenk und Herr Roi sehen eine diesbezügliche Zuständigkeit für eine Berichterstattung eher im Ausschuss für Soziales bzw. Ausschuss für BKJS. Zudem teilt Herr Roi mit, dass Vertreter des Seniorenbeirates regelmäßig im ROVB-Ausschuss ihre Themen/Fragen einbringen.</p>	
zu 10	<p>Schließung des öffentlichen Teils</p> <p>Der Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:15 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.</p>	

gez. Daniel Roi
Ausschussvorsitzender

gez. Peggy Ulrich
Protokollantin